



25. Februar 2026

Postulat

von Ivo Bieri (SP),
Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne)
und Marco Denoth (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie Gastrobetrieben und Veranstaltenden im Umfeld der Pride-Demonstration 2026 vereinfachte und zeitlich befristete Bewilligungsverfahren für einen Betrieb mit Aussenbeschallung, Aussenbars und erweiterten Öffnungszeiten angeboten werden können. Insbesondere soll geprüft werden, ob Gebühren reduziert oder erlassen werden können und wie die Stadt aktiv dazu beitragen kann, dass solche Veranstaltungen niederschwellig stattfinden können.

Begründung:

Nachdem das Zurich Pride Festival 2026 nicht stattfinden wird, haben verschiedene Community-Betriebe ihr Interesse bekundet, am Abend der Pride-Demonstration eigene Veranstaltungen in ihren Lokalen durchzuführen. Diese dezentrale Form des Feierns ist Ausdruck einer lebendigen und selbstorganisierten Community.

Gerade in einem Jahr ohne grosses Festival ist es wichtig, dass die Stadt Zürich ein klares Zeichen für Solidarität, Sichtbarkeit und Sicherheit setzt. Die Pride ist weit mehr als eine reine Demonstration. Sie setzt ein politisches Statement und ist Ausdruck gelebter Vielfalt.

Damit die geplanten Anlässe stattfinden können, sind jedoch teilweise zusätzliche Bewilligungen notwendig, etwa für Aussenbeschallung oder temporäre Aussenbars. Einzelne kleinere Betriebe stossen dabei an administrative und finanzielle Grenzen.

Die Stadt Zürich soll deshalb prüfen, wie sie in dieser besonderen Situation pragmatisch unterstützen kann, ohne Sicherheits- oder Lärmschutzanliegen zu vernachlässigen, aber mit dem Ziel, bürokratische Hürden zu reduzieren und Planungssicherheit zu schaffen.

Ein koordiniertes, vereinfachtes Vorgehen würde es ermöglichen, dass der Pride-Samstag trotz Ausfall des Festivals ein sichtbares, sicheres und würdiges Zeichen für eine offene und tolerante Stadt bleibt.

Anna-Béatrice Schmaltz Ivo Bieri Marco Denoth